

Mittelsächsische

LinksWorte

19. November 2010

Nr. 39

4. Jahrgang



Die „Krone des Erzgebirges“ im Glanze eines goldenen Herbstes !

Inzwischen neigt sich auch der Herbst seinem Ende entgegen. Ein Herbst, der nach Ankündigung der Gewerkschaften heiß werden sollte, aber dann lauwarm daherkam. Der Proteststurm erreicht nicht die angestrebte Stärke - nicht gegen die Kopfpauschale, nicht bei der Rente mit 67 und auch nicht beim Protest gegen die ausufernde Leiharbeit und gegen Billigjobs.

Auf ihrer Reise durch den Landkreis Mittelsachsen sind die LinksWorte heute im Augustusburger Land.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

Der Blick zurück:

In 21 Jahren von der SED über die PDS zur LINKEN

Kommunalpolitik aktuell:

Was hat es mit der so genannten Schulnetzplanung auf sich?

Diesmal im Blickpunkt:

Der Weg zum Welterbe-Projekt „Montanregion Erzgebirge“

2	editorial & kommentar
3	kolumne & döbelner protest gegen naziaufmarsch
4/5	titelthema 1: zur geschichte der pds in freiberg und zu thematisch orientierten arbeitsgruppen der linken
6/7	titelthema 2: kommunales; jugendhilfeplan und montanregion
8/9	titelthema 3: schulnetzplanung und freie schulen
10	unsere serie: heute im augustusburger land
11	kreisvorstand & glückwünsche
12	termine & demo dresden

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am Ende der 50. Kalenderwoche 2010. Redaktionsschluss ist am Freitag, dem 10. Dezember 2010. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Verbreitung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ zu spenden.

Geldspenden können unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ an folgende Bankverbindung gerichtet werden:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften, Polemik, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
 Kreisvorstand Mittelsachsen

Postanschrift der Redaktion:
 Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
 z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Patrick Enigk, Ruth Fritzsche, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

Layout, Satz und Fotos: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG,
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet: Die „LinksWorte“ werden im Internet unter www.links-worte-mittelsachsen.de veröffentlicht. Dort stehen über ein Archiv auch frühere Exemplare der Zeitung zur Lektüre oder zum Download zur Verfügung.

editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Herbst 2010 neigt sich seinem Ende entgegen. Während im Vorjahr um diese Zeit die verordnete „20-Jahre-Wendeherbst“-Euphorie hochgekocht wurde, hielt sich in diesem Jahr alles in überschaubaren Grenzen. Vielleicht kein Zufall: War doch die Euphorie bei vielen schon im Herbst 1990 dem nüchternen Blick auf die Realität des „realen Kapitalismus“ gewichen. Wir aber wollen dennoch in dieser und der kommenden Ausgabe einen Blick zwanzig Jahre zurück werfen. Und wer könnte das besser als unser Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche, die weiterhin die Zügel in der Kreisgeschäftsstelle fest in Händen hält und am 1. Dezember ihren „80. plus X.“ Geburtstag feiert. In dieser Ausgabe schreibt Genossin Fritzsche über „20 Jahre PDS in Freiberg“, in der Dezemberausgabe über „zwei Jahrzehnte Freiburger/mittelsächsische LinksWorte“. Es wäre schön, wenn sich für den Dezember auch jeweils ein Autor/eine Autorin aus Mittweida und Döbeln finden würden, um eine kleine Bilanz zu ziehen. Aus gutem Grund ist unsere heutige Ausgabe in zweifacher Hinsicht etwas „Kommunalpolitik-lastig“. Zum einen steuert die mittelsächsische LINKE sehr langfristig auf den kommenden Wahlmarathon zu und da werden - zumindest bei den Kommunalwahlen - die regionalen kommunalpolitischen Themen im Mittelpunkt stehen. Zum anderen ist die Diskussion um die mittelsächsischen Kommunal Finanzen in den kommenden beiden Jahren in ihre entscheidende Phase eingetreten. Und wir wollen unsere Leser regelmäßig zu interessanten kommunalpolitischen Fragen in Kenntnis setzen - heute vor allem zur Schulnetzplanung und der Rolle des Landkreises Mittelsachsen beim Welterbe-Projekt „Montanregion Erzgebirge“. Jetzt ist regional alles auf die Sitzung des Kreistages vom 8. Dezember ausgerichtet, auf welchem das Budget für 2011 zur Beratung und Abstimmung steht. Wir werden in der Dezemberausgabe ausführlich darüber berichten. Ansonsten hält der von den Gewerkschaften angekündigte „heiße Herbst“ scheinbar nicht das, was die Gewerkschafter Michael Sommer (DGB) und Frank Bsirske (Ver.di) vollmundig angekündigt hatten. Wir informieren über aktuelle Aktivitäten. In Döbeln waren wieder einmal - ungebeten - die Nazis zu Gast. Wir berichten über den Widerstand. In unserer Serie zu den Gebieten der integrierten ländlichen Entwicklung (ILE), welche den Landkreis Mittelsachsen erfassen, sind wir in unserer heutigen Ausgabe im „Augustusburger Land“ zu Gast. Das spiegelt sich auch in unserem Titelbild der Krone des Erzgebirges wieder.

kommentar

von Hans Weiske, Falkenau

In diesen Tagen kommt Wladimir Iljitsch Uljanow („Kampfname“ Lenin) für eine scheinbare Nebensächlichkeit zu ungeahnten Ehren. Man zitiert nämlich genüsslich seine spöttische Bemerkung, dass die Deutschen sich zur Vorsicht eine Bahnsteigkarte kauften, bevor sie einen Bahnhof stürmten.

Der bisherige Verlauf des „heißen Herbstes“ scheint Lenin recht zu geben, obwohl die Bahnsteigkarten in Deutschland seit langem abgeschafft sind. Die angekündigte breite gewerkschaftliche Protestbewegung kommt nicht richtig in die Gänge - wobei ich hier nicht über den Bahnhof Stuttgart oder den Castor-Transport nach Gorleben spreche.

Dabei hätten wir alle Veranlassung, unseren Protest gegen die sozial ungerechte und einseitige Kürzungspolitik der Bundesregierung millionenfach zu artikulieren - notfalls auch mit den Mitteln des politischen Streiks. Der allerdings ist in Deutschland durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts aus dem Jahr 1955 verboten. Nebenbei gesagt: Ein solches Verbot existiert in Europa nur noch in Großbritannien und Dänemark.

Aber auch ohne das Mittel des politischen Streiks gibt es die Möglichkeit, millionenfach auf die Straße zu gehen, in Betrieben und Verwaltungen gegen die Kürzungspolitik der Regierenden zu protestieren. Es geht gegen die Kopfpauschale, gegen die Rente mit 67 und auch gegen Unternehmen, die Menschen fast nur noch befristet einstellen und immer mehr sozial ungeschützte Leiharbeiter beschäftigen. Wir haben es in Deutschland mit einer schlimmen Tendenz zu tun, dass immer mehr Menschen verarmen, obwohl sie arbeiten. Sie können von ihrem Lohn einfach nicht leben! Hinzu kommt die akute Not, in welche die Kommunen zunehmend geraten. Die Konsequenz daraus: Immer neue Sparhaushalte, mit denen die Bürger immer stärker belastet werden.

Aber die Bundesregierung hat auch Erfolge zu verkünden! Eine einzige Erfolgsgeschichte in Schwarz-Gelb scheint die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu sein. Hinzu kommt der Wirtschaftsaufschwung, prognostiziert von den „fünf Weisen“. Die Wahrheit aber ist: Der momentane Beschäftigungsaufbau vielfach in Leiharbeit stattfindet. Deutschland hat inzwischen rund 900.000 Leiharbeiter. Der Niedriglohnsektor und die Anzahl der Minijobs explodieren. Derzeit haben fast fünf Millionen Personen nur einen Minijob mit einem Monatseinkommen unter 400 Euro. Über 1,4 Millionen Menschen müssen aufstockend Hartz IV beziehen, weil ihr Lohn nicht zum Leben reicht. Mein abschließender Kurzkommentar dazu: Armes Deutschland!

auf seite - drei -
- immer konsequent links -
**unsere monatliche
Kolumne**

Die Nachrichtensendung oder die News, wie der moderne Mensch sich ausdrückt, vermelden die Verabschiedung des Gesetzes über die „Gesundheitsreform“. Das heißt, alle Abgeordneten der Regierungskoalition entscheiden sich gemäß ihrem Schwur zum Wohle des Volkes (So wahr mir Gott helfe!) und vor ihrem Gewissen für das Gesetzeswerk und der Bürger fühlt sich dank der repräsentativen Demokratie gut vertreten.

Doch, was bringt dieses Gesetz zum Wohle des Volkes für das Volk. Zunächst bringt es eine Erhöhung der Beiträge über die 15-Prozent-Marke für alle gesetzlich Versicherten, nicht aber für Diejenigen, die bei einer Privatversicherung untergekommen sind. Das sind Bürger, die über ein entsprechend hohes Einkommen verfügen und die sich nicht an der solidarischen Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen müssen. Aber immerhin sind die sogenannten Arbeitgeber zu fünfzig Prozent an dieser Erhöhung beteiligt. Kommt eine Krankenkasse mit den erhöhten Einnahmen nicht aus, kann sie Zusatzbeiträge erheben. Die bezahlt dann der gesetzlich Versicherte allein, das heißt vorrangig Bürger in der niedrigeren Einkommensregion.

Es wäre für die Bewusstseinsbildung der Bürger hilfreich, immer wieder daran zu erinnern, dass die neue „Gesundheitsreform“ ein weiterer Schritt ist in einer langen Reihe von Maßnahmen, die Bürger einen großen Teil der Kosten für seine ärztliche Betreuung nur aus der eigenen Tasche bezahlen zu lassen. Es fing mit Zuzahlungen für Medikamente an, den sogenannten Rezeptgebühren. Dann wurden „Praxisgebühren“ eingeführt. Ein Verneblungsbezug - es müsste Krankenkassengebühr heißen, denn der Arzt ist nur der Kassierer der Gebühr. Muss Jemand, um den es gesundheitlich nicht so gut bestellt ist, pro Quartal einmal zum Arzt und einmal im Jahr zum Zahnarzt, dann sind fünfzig Euro fällig. Und geht man zum Zahnarzt und will etwas Höherwertiges in sein Mundwerk, dann bezahlt die Krankenkasse nur einen Teil des Zahnarzt Honorars. Den Rest zahlt der Patient als sogenannte „Privatleistung für (gesetzliche) Kassenpatienten“ aus der eigenen Tasche. Die Preise für diese Privatleistungen werden nach dem Katalog für Privatversicherte berechnet. Sie sind mindestens um das 2,3-fache höher. (mm)

döbeln protestiert gegen naziaufmarsch

auf der Grundlage eines Berichtes auf der Webseite des Treibhaus e.V. Döbeln

Für Samstag, den 6. November, hatten Neonazis der Gruppe „Nationale Sozialisten Döbeln“ unter dem Motto „Steht auf gegen die Übermacht der Demokraten - Nationalen Sozialismus durchsetzen“ zu einer Demonstration durch Döbeln aufgerufen.

Die Möglichkeit, ihre rassistische Ideologie der Ungleichwertigkeit auf einem Marsch durch Döbeln zu propagieren, blieb den Neonazis jedoch verwehrt. In der Stadt waren zu viele Gegendemonstrationen angemeldet worden, so dass sich die Polizei - auch wegen des Castor-Transports - nicht mehr in der Lage sah, den angekündigten Nazi-Marsch abzusichern.

Dass der geplante Aufmarsch auf eine von der Polizei weiträumig abgesperrte Kundgebung zusammen schrumpfte, ist ein Erfolg der vielfältigen demokratischen Gegenaktivitäten. Protestkundgebungen hatten u.a. der Treibhaus e.V. und die Döbelner Dance Company angemeldet. Letztere ver-

anstaltete am gleichen Tag ein Tanzfest mit weit über 1000 TeilnehmerInnen und Gästen der Stadt. Gegendemonstrationen meldeten auch ein „Bündnis für ein buntes Döbeln“, Pfarrer Siegmund von der evangelischen Kirchgemeinde Döbeln, der Landtagsabgeordnete Henning Homann (SPD) und Oberbürgermeister Hans-Joachim Egerer (CDU) an. Sie wurden samt und sonders untersagt - durch Entscheidungen des Landratsamtes und des Verwaltungsgerichtes Chemnitz. Erst eine von Homann und Egerer gemeinsam mit dem Treibhaus e.V. initiierte Eilanmeldung einer Kundgebung im Wettinpark wurde genehmigt.

Trotz des schlechten Wetters protestierten über 250 Menschen gegen die rechte Propagandaveranstaltung. Neben dem Oberbürgermeister und einer Vertreterin von „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ ergriff auch Lothar Schmidt von der Stadtratsfraktion der LINEN das Wort.

Insgesamt war der 6. November 2010 ein guter Tag für Döbelns Demokraten.

Die Nazis mussten ihre Veranstaltung nach etwas mehr als einer Stunde beenden. Versuche, dennoch eine Spontandemonstration zu erzwingen, scheiterten.



Einiges Band im Kampf gegen die „Nationalen Sozialisten Döbeln“: Die am Vorabend der Nazidemo am 6. November auf dem Bahnhofsvorplatz von Döbeln hundertfach geklebten Plakate „Döbeln bleibt bunt! Meine Stimme gegen Nazis!“ (mitte) Bei misslichem Wetter hatten Döbelner LINKE auf einer Protestveranstaltung in der Innenstadt den Müll der Geschichte entsorgt (oben). Etwa 120 Nazis rotteten sich vor dem Bahnhof zusammen - durch die Stadt marschieren durften sie nicht (unten)

persönliche notizen zur geschichte der pds im kreis freiberg

von unserem Redaktionsmitglied
Ruth Fritzsche

Bei uns im „Alt-Alt-Kreis“ Freiberg beginnt die Geschichte der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) am 03.02.1990, noch bevor der Parteivorstand in Berlin diesen Schritt ging und die PDS ohne die Bezeichnung SED politisch wirksam wurde.

Für viele von uns begann damit ein neuer Lebensabschnitt in einer neuen Partei, die sich konsequent von einer zentralistisch geführten Partei mit einem riesigen Parteiapparat verabschiedete. Wir, die wir uns mit der PDS identifizierten, mussten uns deshalb kritisch mit dem Vergangenen auseinandersetzen. Dazu beigetragen haben bei uns in Freiberg u.a. solche politischen Veranstaltungen, wie die „Alternativen Runden“ und für die älteren Genossinnen und Genossen das Mittwochs-Cafe, das wir heute noch durchführen. Diskutiert wurde natürlich auch die Neuorientierung der PDS in den Basisgruppen.

Als alte SED verschrien, mussten wir uns manchmal Demütigungen gefallen lassen. Aber dennoch haben wir uns in die Arbeit gestürzt.

Da waren die Volkskammer-, die Kommunal-, die Landtags- und nicht zuletzt - nach der vollzogenen Einheit - am 02.12.1990 die Bundestagswahlen. Wenn auch noch mit einer kleinen Anzahl von Abgeordneten, so waren wir zum Wohle der Bürger aus dem Osten dennoch in all diesen genannten Gremien vertreten.

Großen Anteil am Gedeihen der PDS in Freiberg hatten die Genossen Dietrich Bicher, Thomas Fontana und Achim Grunke, die leider, weil der Staat uns zum 31. Juli 1991 auch noch die eingezahlten Mitgliedsbeiträge der PDS wegnahm, ihre hauptamtliche Tätigkeit

bald beenden mussten. Seit diesem Zeitpunkt arbeiten wir mit Hilfe einer Reihe von Genossinnen und Genossen ehrenamtlich. Unsere Geschäftsstelle in Freiberg ist seit diesem Zeitpunkt montags bis donnerstags nachmittags geöffnet. Stehen Wahlen an, sind wir auch am Wochenende ansprechbar.

Wir im Kreis haben uns trotz eh-

nicht zu kurz gekommen. So trafen wir uns von Anfang an zu unseren 1.-Mai-Feiern im „Waldbad Großer Teich“, führten zu Ostern und zum „Einheitstag“ Wanderungen durch. Mit rotem Sekt im Gepäck nannten wir letztere „auf der Suche nach Rotkäppchen“.

Auch Wochenendfahrten in die benachbarte tschechische Republik nach Kitlice gehörten zu unserem Parteileben. Früher mit dem Reisebüro Voit und in den letzten beiden Jahren mit dem Reisebüro Einhorn verreisen wir seit 1990 Jahr für Jahr.

Die sich ständig entwickelnden Ergebnisse bei den verschiedensten Wahlen waren für uns Höhepunkte in unserer politischen Arbeit. Leider gab es natürlich auch selbst verschuldete Niederlagen, Der politische Gegner, der uns so schnell wie möglich wieder los sein wollte, hat natürlich auch sein möglichstes dazu getan und tut es zum Teil heute noch.

Fazit: Wir haben uns behauptet. Aus der PDS des Ostens wurde 2007 gemeinsam mit der WASG DIE LINKE in Gesamtdeutschland. Sie sitzt seit 2009 mit 75 Abgeordneten im Deutschen Bundestag - im Vergleich dazu als PDS mit 17 Abgeordneten im Jahre 1990. Aus der PDS Freiberg wurde im Ergebnis der zweiten Kreisgebietsreform DIE LINKE Mittelsachsen. In der nunmehr 3-jährigen Zusammenarbeit dreier Altkreise sind wir uns ein ganzes Stück näher gekommen.

Der neue Start 2008 begann auch hier mit Wahlen, Wahlen und nochmals Wahlen. Das förderte aber auch unser Bekanntwerden in der Öffentlichkeit. Mit 19 Abgeordneten sind wir 2.-stärkste Fraktion im Kreistag Mittelsachsen.

Deshalb kommt es besonders jetzt in der wahlfreien Zeit in allen Ortsverbänden darauf an, unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit den Bürgerinnen und Bürgern nahe zu bringen.

Der von der schwarz-gelben Regierung Merkel & Co. eingeleitete Sozialkassenschlag zwingt uns im verstärkten Maße dazu.



Diese Aufnahme entstand zum 80. Geburtstag von Genossin Ruth Fritzsche am 1. Dezember 2006. Da kann sich jeder ausrechnen, welchen Geburtstag sie in wenigen Tagen ansteuert.

Bis zum heutigen Tage hält Ruth Fritzsche - in Finanzfragen gemeinsam mit Genossin Brigitte Hübler - den Laden in der Kreisgeschäftsstelle zusammenhält, ohne dass sie je nach einem finanziellen Obolus dafür gefragt hätte. Auf dieser Seite erzählt sie aus ihrer persönlichen Sicht über die vergangenen beiden Jahrzehnte.

renamtlicher Arbeit nicht unterkriegen lassen.

In den ganzen Jahren haben wir versucht, unterstützt durch die Vorsitzenden der BO verantwortungsvoll politisch zu arbeiten. Seit 1990 treffen wir uns noch heute - jetzt als Ortsvorstand Freiberg - jeden Monat mit den Vorsitzenden der Basisgruppen.

Auch die kulturelle Seite ist bei uns

*polemische Bemerkungen
von Hans Weiske*

Genau vor einem Jahr wurde auf einem Parteitag in Roßwein der neue Kreisvorstand mit Michael Matthes an der Spitze gewählt. Er lösten Achim Grunke ab, der sich im Kreisverband Freiberg fast zwei Jahrzehnte beispielhaft für die Sache der PDS engagierte und nicht wieder kandidierte. Die Wahl von Michael Matthes - der von der WASG kommt - und die seiner Mitstreiter in der neuen „Führungsgrew“ der rund 900 mittelsächsischen LINKEN stand unter einem besonderen Stern: Ihre Wahlperiode dürfte - wenn der Liebe Gott im Himmel, Frau Merkel und Herr Westerwelle in Berlin sowie die Herren Tillich und Zastrow in Dresden mitspielen - ganz ohne Wahlkampf verlaufen. Erst 2013 könnte das Volk wieder zu den Wahlurnen gerufen werden. Das alles impliziert eine riesige Gefahr: Man richtet sich für 2010 bis 2012 drei Jahre lang politisch gemütlich ein und harret der nächsten Wahlen - die Infostände bleiben im Depot, die politische Arbeit an der Basis schläft ein.

Genau dieser Gefahr scheint sich Genosse Michael Matthes von Anfang an bewusst gewesen zu sein. Er initiierte mit viel Elan die regelmäßig stattfindenden Parteivortagen - die vierte fand am 27. Oktober in der „Räuberschänke“ Hartha statt - und orientiert seit einigen Monaten konsequent auf die Erarbeitung eines **Aktions- und Wahlprogramms des Kreisverbandes der LINKEN für die Jahre 2011 bis 2013**. Dazu wurde auf dem „Gipfeltreffen der mittelsächsischen LINKEN“ am 29. September (die LinksWorte berichteten in der Oktoberausgabe ausführlich darüber) einvernehmlich entschieden, in Zusammenarbeit mit der Kreisfraktion der LINKEN **fünf thematisch orientierte Arbeitsgruppen** zu bilden, die da wären:

1. **Kommunal Finanzen, Sparkassen, Wirt-**

schafftsförderung, Eigenbetriebe, Nahverkehr

2. **Bildung, Schulnetzplanung, Schülerbeförderung, Hochschule Mittweida, Bergakademie Freiberg, Jugendförderung, Jugendhilfe.**

3. **Entsorgung, Müll, Gebühren, Umwelt, Landwirtschaft, kommunale Klimaschutzkonzepte und Energie**

4. **Hartz IV, Kosten der Unterkunft-Mietspiegel, soziale Angelegenheiten, Krankenhäuser, Verbraucherschutz, Beratungsservice**

5. **Sport, Kultur, Theater, Tourismus, Fremdenverkehr.**



Im angeregten Dialog zur Parteivortagung:
Die „Doppelspitze“ des neuen Ortsverbandes Waldheim-Hartha - auch Gastgeber der Sitzung des Kreisvorstands - Peter Emmrich und Hans-Holger Zimmer (von links)



..... und die ebenso aktiven Diskussionsteilnehmer Marina Morgenstern (Eppendorf), Gottfried Jubelt (Augustsburg), Annemarie Zschalig (Rochlitz), MdL Jana Pinka (Freiberg), Walter Exner (Rochlitz) und Rita Hillmann (Oederan) (von oben links nach unten rechts)

Soweit, so gut! Erster Anlauf zur Bildung der Arbeitsgruppen war das Parteivortagung am 27. Oktober. Das Ergebnis: Fehlanzeige. Die Beteiligung war so bescheiden, dass man zwar im kleinen Kreis einige Fragen andiskutieren konnte, aber bis zur personellen Besetzung der Arbeitsgruppen mit Genossinnen und Genossen aus möglichst vielen Ortsverbänden nicht vordrang. Dem Kreisvorsitzenden war die Enttäuschung am Gesicht abzulesen. Deshalb wurde der zweite Anlauf für die Beratung des Kreisvorstands am 8. November festgelegt und die Vorsitzenden der Ortsverbände zur Erweiterten Vorstandssitzung eingeladen. Das dortige Ergebnis: Erneut fast ein Schuss in den Ofen. Die personelle

Besetzung der Arbeitsgruppen durch die LINKSfraktion war noch nicht entschieden oder zumindest nicht beim Kreisvorsitzenden angekommen, nicht wenige der Ortsvorsitzenden glänzten durch Abwesenheit. Jetzt sollen durch eine erneute Abstimmung zwischen Michael Matthes und Fraktionschef Jens Stahlmann endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Viel Zeit ist bereits verloren, denn eigentlich sollten dem Kreisparteitag am 22. Januar 2011 die ersten Ergebnisse zu den einzelnen Themenkreisen vortragen werden.

In einigen Ortsverbänden ist eine solide Vorbereitungsarbeit geleistet worden. So hat Genossin Rita Hillmann aus Oederan kompetente Sympathisanten für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen gewonnen. Die Bildung der Arbeitsgruppen trägt aber nur Früchte, wenn möglichst alle Ortsverbände und die gesamte Kreisfraktion der LINKEN mitziehen. Es bleibt zu hoffen, dass die fünf Arbeitsgruppen bald zum Laufen kommen. Ich sehe es als eine Nagelprobe für das oft beschworene bessere Zusammenwirken vom Kreisvostand, den Ortsverbänden und der Fraktion.

Der mittelsächsische Kreistag biegt - zumindest, was das Jahr 2010 und damit die Beschlussfassung über den Finanzplan für das Jahr 2011 betrifft - in die Zielgerade ein. Der Jugendhilfeausschuss tagte am 8. November in Brand-Erbisdorf, der Ausschuss für Umwelt und Technik am 10. November in Sayda, Ortsteil Friedebach. Damit wurden die Weichen für die abschließende Sitzung des Kreistages am 8. Dezember gestellt. Wir werden in unserer Dezemberausgabe ausführlich berichten.

Im Jugendhilfeausschuss wurde der Jugendhilfeplan des Landkreises Mittelsachsen beraten. Über die Schwerpunkte berichtet unser Redaktionsmitglied **Sabine Lauterbach**, Mitarbeiterin der LINKSfraktion im Kreistag. Außerdem informiert sie über die Sitzung der Linksfraktion in Vorbereitung auf den Kreistag. Die Aufmerksamkeit unserer Leser wollen wir auch auf unser heutiges Titelthema 3 - Seiten 8 und 9 - richten, wo es um aktuelle Bildungsfragen mit dem Schwerpunkt der so genannten „Schulnetzplanung“ geht.

Wir wollen unsere Leser auch über den Stand der Vorarbeiten für das Welterbe-Projekt Montanregion Erzgebirge informieren. Immerhin schlägt das Herz dieses nicht unumstrittenen Projektes in unserer Kreisstadt Freiberg.

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises ist hauptsächlich zuständig für die Mittelverteilung bei Jugendarbeit. Dazu zählen die Pflichtaufgaben zum Beispiel der Jugendsozialarbeit sowie bei die freiwilligen Ausgaben beispielsweise in Jugendeinrichtungen. Am 31.12.2009 lebten im Landkreis Mittelsachsen 76.071 junge Menschen bis zu 27 Jahren. Der Jugendhilfeplan schlägt konkrete Förderungen für diese Zielgruppe vor.

Das Land Sachsen hat in diesem Jahr in einer besonders rücksichtslosen Art die Landesmittel für die freie Jugendarbeit drastisch gekürzt. Und das trotz eines Doppelhaushaltes, der den Kommunen doch Planungssicherheit bieten sollte. Gegenüber den rund 1,3 Mio. € des Jahres 2009 erhält der Landkreis für 2011 noch ca. 791 T€. Nun steht der Landkreis vor der Aufgabe, Position zu zeigen und seine Eigenmittel für die Jugendarbeit zu benennen. Im Haushaltsplanentwurf werden dafür 785.500 € eingestellt. Noch 2009 hat der Kreis für gleiche Aufgaben über 1,2 Mio. € ausgegeben. Im Zuge der großen Einsparungen will der Landrat seinen Haushalt auch mit Hilfe dieser Kürzungen ausgleichen.

Nun stand am 31.08.2010 die Jugendhilfeplanung auf der Tagesordnung. Und selten schlugen die Wogen höher, als bei der Diskussion um diesen Plan. Konkret sehen die Förderrichtlinien der neuen Jugendhilfeplanung folgendermaßen aus:

Gemeinden der Größenklasse bis 5.000 Einwohner:

- Angebote der offenen Jugendarbeit werden grundsätzlich in Form

ehrenamtlich geführter Einrichtungen vorgehalten.

- Bei bestehenden Bedarf werden die ehrenamtlich geführten Einrichtungen der Jugendarbeit mobil betreut.

Für zentrale Orte wird ein bestehender Bedarf anerkannt.

Gemeinden der Größenklasse über 10.000 Einwohner

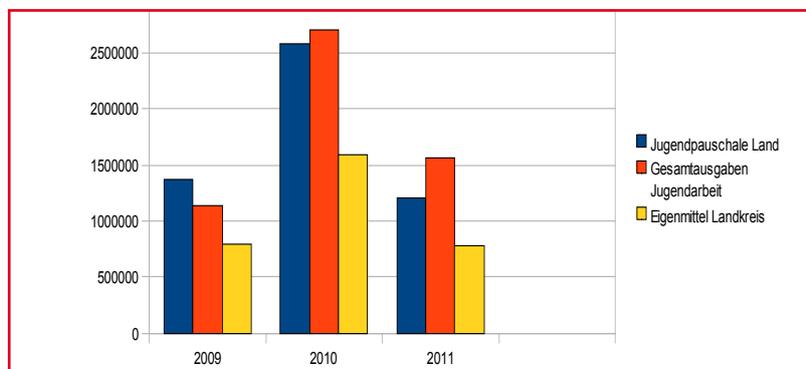
- Bei bestehenden Bedarf wird je 10.000 Einwohner eine hauptamtlich geführte Einrichtung der offenen Jugendarbeit mit mindestens einer Fachkraft vorgehalten.

Für zentrale Orte wird ein bestehender Bedarf anerkannt. Konkret bedeutet das, viele Gemeinden müssen sich von Einrichtungen trennen, wenn sie diese nicht aus Eigenmitteln betreiben können.

Ein besonderes Beispiel dieser Kürzungspläne ist die geplante Schließung des Mädchenangebotes - Regenbogenzentrum Döbeln. In dieser Einrichtung werden 47 Mädchen vorrangig mit Migrationshintergrund betreut. Genau diese Mädchen dürfen aus Glaubensfragen nicht in gemischte Einrichtungen gehen. Aber an Stelle dies als etwas besonders Gutes anzusehen, wird hier begründet. „Kein außerordentlicher Bedarf“. Betreut sollen diese Mädchen künftig durch die beiden anderen Döblener Einrichtungen. Diese haben sich um externe Fördermöglichkeiten bemüht und erhalten Fördermittel durch die „Aktion Mensch“. Im Bereich der Schulsozialarbeit möchte der Landrat in Zukunft auch nur noch Schulen mit mind. 100 Schülern befördert. Von dieser Kürzung ist die Mittelschule in Brand-Erbisdorf betroffen. Hier wird es künftig keine Förderung mehr geben.



Blick vom Markt auf das 1902 im Jugendstil errichtete Rathaus von Waldheim. Nicht weit davon entfernt die Zschopaubrücke von Matthäus Daniel Pöppelmann und der Wettinbrunnen am Markt, ebenfalls im Jugendstil.



Gemeinden der Größenklasse von 5.000 bis 10.000 Einwohner:

- Bei bestehenden Bedarf wird eine hauptamtlich geführte Einrichtung der offenen Jugendarbeit mit einer Fachkraft vorgehalten.

Eine denkbar schlechte Entscheidung, wenn man bedenkt, dass gerade in Mittelschulen die Schüler regelrecht „umworben“ werden von rechtsextremistischen Jugendlichen. Jeder Euro den man heute spart, wird man in einigen Jahren zusetzen müssen, wenn es

aus der linksfraktion

um die Problembewältigung geht. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses waren in der Mehrheit mit dieser Planung nicht einverstanden. Sie haben diesen in den Unterausschuss zurück verwiesen, mit der Aufgabe um Nachbesserung vor allem bei der mobilen Jugendarbeit sowie um nochmalige Prüfung der Schließung des Döbelner Regenbogenzentrums. Daraufhin wurden 30 Bürgermeister von Städten und Gemeinden kleiner 5.000 Einwohner angeschrieben, in denen noch keine mobile Jugendarbeit statt findet. Im Ergebnis meldeten drei Gemeinden Bedarf an. Diese wurden nun in den Jugendhilfeplan aufgenommen. Die Förderung des Döbelner Regenbogenzentrums wird jedoch weiterhin abgelehnt. Bei der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses gab es zu diesem Punkt neun Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Bemerken möchte ich noch, dass man einmal mehr versucht hat, die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses in ihrer Entscheidungsfreiheit zu beschränken. Sinngemäß gab es vom Landratsamt die Aussage, wenn dem Plan nicht zugestimmt wird, gibt es 2011 kein Geld!

beratung der linksfraktion

Die Kreistagsfraktion traf sich am 03.11.2010 im Freiburger Regenbogenhaus zur traditionellen Haushaltsdebatte. Eingeladen war die Kämmerin vom Landratsamt, Frau Müller. Unterstützt wurde sie von Herrn Müller, der sich bestens in dem monströsen Werk des Kreishaushaltes auskennt. Im Vorfeld wurde beiden ein Fragekatalog übermittelt, damit vor Ort diese Fragen beantwortet werden konnten. Bis auf wenige Ausnahmen konnten all unsere Fragen beantwortet werden, jedoch haben die Antworten auch gezeigt, dass die Aussage vom Beginn des Jahres in bestimmten Bereichen nicht zu kürzen, heute nicht mehr erfüllt werden. Auch gibt es Bereiche, in denen von versprochenen Einsparungen nun nichts mehr realisiert werden soll. Fakt ist, dass ohne eine Kreditaufnahme, der Kreishaushalt 2011 nicht ausgeglichen werden kann. Auch die Höhe der Kreisumlage ändert ständig. In der Bürgermeisterkonferenz wurde dem Landrat als Aufgabe max. 27,5% benannt, Wir werden sehen, ob die Landkreisverwaltung dies noch erfüllen kann. Da der Haushalt derzeit in den Fraktionen diskutiert wird, dürfen wir noch keine genauen Zahlen nach außen geben. Unsere werte Leserschaft wird sich deshalb bis zum Kreistag und der damit verbundenen öffentlichen Diskussion in Geduld üben müssen.

Eine „käseglocke“ über dem erzgebirge und mittelsachsen?

von Hans Weiske

Im September sind auf Einladung der beiden Landräte des Erzgebirgskreises und des Landkreises Mittelsachsen – Frank Vogel und Volker Uhlig – die Bürgermeister der 23 aus beiden Kreisen in das UNESCO-Welterbe-Projekt „Montanregion Erzgebirge“ involvierten Kommunen erstmals zu einer Konferenz zusammengekommen. Die wichtigste Botschaft der Beratung – vor allem an die Landesregierung in Dresden – lautete: **Die beiden Landräte und alle Bürgermeister votierten einstimmig für die Antragstellung zur Aufnahme der Kultur- und Montanlandschaft Erzgebirge in die Welterbe-Liste.** Künftig muss ihr Votum durch die Zustimmung der Stadt- oder Gemeinderäte aufgewertet werden.



Zwei Stätten - von insgesamt 41 - aus der vorläufigen Liste für das Welterbe-Projekt: die Saigerhütte Olbernhau-Grünthal (oben) und der Schacht Reiche Zeche der Himmelfahrt Fundgrube nördlich von Freiberg (unten)

Der Streit um den bereits 12 Jahre dauernden Anlauf dürfte allerdings weiter schwellen. Vor allem darum, wie sich die Sächsische Staatsregierung in dieser Frage positioniert, nachdem das Welterbe-Projekt „Dresdner Elbtal“ dramatisch gescheitert ist. Durch den Bau der Waldschlösschen-Brücke wurde bekanntlich erstmals ein Welterbetitel wieder aberkannt. CDU-Fraktionschef Steffen Flath – selbst Annaberger – fürchtet weiterhin eine „Käseglocke“ über dem Erzgebirge. Der Welterbe-Status – so seine Argumentation – könnte die wirtschaftliche Entwicklung der Region behindern.

Im Mai lehnte sich Sachsens Innenminister Markus Ulbig auf einer von der CDU initiierten und dominierten Regionalkonferenz Erzgebirge in Thum weit aus dem Fenster, als er verkündete: „Diese Montanregion ist weltweit einmalig ... Eine Bewerbung um den Welterbe-Titel erscheint deshalb sinnvoll.“ Diese Bewerbung knüpfte er an

zwei Bedingungen: erstens keine negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung der künftigen Montanregion und zweitens vorbehaltlose Unterstützung durch alle betroffenen Kommunen.

Selbst dieser relativ zaghafte Vorstoß war in Dresden gestoppt worden. Ministerpräsident Stanislaw Tillich soll sich dem Vernehmen nach geäußert haben, dass das gesamte Ansinnen weiterhin einer sehr sorgfältigen Abwägung bedürfe. Ergo: Das letzte Wort, ob es überhaupt zur Antragstellung kommt, ist noch nicht gesprochen. Deshalb war das eindeutige Votum der Bürgermeisterkonferenz in Marienberg so bedeutsam, dürfte es doch als wichtiges Zeichen für die sächsische Staatsregierung gelten. Die beiden Landräte wollen deshalb kurzfristig Gespräche mit der Landesregierung aufnehmen. Der mittelsächsische Landrat Volker Uhlig überraschte den Kreistag im Oktober mit einer Präsentation zum Thema.

Bis Ende des Jahres wird die Gründung eines „Welterbe-Konvents Erzgebirge“ vorbereitet. Der jetzige Fahrplan sieht vor, dass der Projektantrag durch die Bundesrepublik Deutschland – die Zustimmung des Freistaates Sachsen allerdings vorausgesetzt – im Februar 2013 eingereicht werden kann. Bei positiver Prüfung durch die UNESCO könnte die Verleihung des Welterbe-Titels im Sommer 2014 erfolgen.

Die Vorarbeiten zum Projekt begannen bereits 1998. Damals setzte die Kultusministerkonferenz die Industriekulturlandschaft „Montanregion Erzgebirge“ auf Platz 15 einer 21 Plätze umfassenden Liste von Bewerbern für das Weltkulturerbe. Inzwischen haben die meisten der damals weiter vorn stehenden Projekte den Welterbe-Status erhalten, darunter die beiden Bergbau-Projekte Zeche Zollverein in Essen (2001) und erst kürzlich die Oberharzer Wasserwirtschaft.

Das Herz des Welterbe-Projekts Montanregion Erzgebirge schlägt in Freiberg. Denn: Im Jahr 2004 begann am Institut für Wissenschafts- und Technikgeschichte der Bergakademie Freiberg eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Fördervereins Montanregion Erzgebirge e.V. mit der Prüfung von mehr als 10.000 Einzelobjekten. Davon wurden 1.400 historisch und denkmalpflegerisch bedeutsame in einer Datenbank erfasst und 250 von ihnen vorausgewählt. Am Ende blieben 34 Objekte auf der sächsischen Seite des Erzgebirges übrig - Teile der Stadtkerne von traditionellen Bergstädten, aber auch Bergwerke, Hüttenbetriebe und Haldenlandschaften - welche für die über 800jährige Geschichte des Bergbaus in der Region stehen. Hinzu sollen bis zu 12 Bergbaustätten im böhmischen Teil des Erzgebirges kommen, von denen bisher sechs vorausgewählt sind.

Es versteht sich von selbst, dass sich die Mehrheit der vorläufig ausgewählten Stätten im Erzgebirgskreis befinden. Dazu gehören solche traditionellen Stätten, wie die historischen Altstädte von Marienberg und Annaberg-Buchholz, aber auch die alte Saigerhütte Olbernhau-Grünthal, das Kalkwerk Lengfeld und die Bergbaulandschaft um Oelsnitz/E. Mittelsachsen ist vor allem durch die historische Altstadt von Freiberg und die Bergbaulandschaften um Freiberg, Brand-Erbisdorf und Zug vertreten. Hinzu kommt die Revierwasserlaufanstalt südlich dieser Bergbaugebiete, der Rotschönberger Stolln zur Entwässerung der Bergbaugebiete in die Triebisch bei Meißen, das Bergbaugebiet Gersdorf bei Roßwein sowie das Jagd-schloss Augustusburg.

kommunalpolitische splitter

- Am Rande der Beratung des Jugendhilfeausschusses ließ sich Landrat Volker Uhlig den aktuellen Arbeitsstand zum Finanzplan 2011 entlocken. Ziel für die so genannte Kreisumlage sei jetzt eine Zahl unter 28 Prozent. Ursprünglich standen 29 Prozent in den Planungen. Im Vorjahr hatte die Kreisumlage allerdings noch bei nur 25 Prozent gelegen. Darüber hinaus informierte der Landrat, dass die Lücke von etwa sechs Millionen Euro im Planentwurf so gut wie geschlossen sei.
- Von den derzeit drei mittelsächsischen Finanzämtern stehen zwei auf der Kippe. Ein entsprechendes Konzept soll bis zum Februar auf dem Tisch liegen.

Eines der entscheidenden politischen Betätigungsfelder ist die Bildung. Sie interessiert - vor allem über die eigenen Kinder und Enkelkinder - einen großen Teil der Bevölkerung unmittelbar. Organisatorischer Rahmen des Ganzen in den Landkreisen und kreisfreien Städten ist die so genannte Schulnetzplanung. Wir stellen im folgenden dar, was es damit auf sich hat und wie die verschiedensten Faktoren auf die Planung des Schulnetzes wirken. Unser Redaktionsmitglied Michael Matthes meldet sich mit dem Beitrag „Wieder einmal Schule“ zum aktuellen Thema der Freien Schulen zu Wort, die in der Bildungslandschaft durchaus ihren Platz verdienen. (hw)

Die Bildung ist in der Bundesrepublik - gefordert durch die föderale Struktur - bekanntlich Ländersache. Die Klammer soll die so genannte Kultusministerkonferenz herstellen - mit insgesamt bescheidenem Erfolg. In Sachsens Bildungslandschaft sind die Städte und Gemeinden grundsätzlich Träger der öffentlichen Grund- und Mittelschulen. In Trägerschaft der Landkreise befinden sich die Gymnasien, die Förderschulen mit überregionaler Bedeutung sowie die Beruflichen Schulzentren. Außerdem sind die Landkreise Träger der Schulnetzplanung.

Was hat es mit der Schulnetzplanung auf sich?

Unsere heutige Gesellschaft ist durch den demografischen Wandel und eine tiefgreifende Veränderung in Wirtschaft und Infrastruktur geprägt. Dennoch soll - so die Theorie - im Zusammenwirken der Landkreise bzw. kreisfreien Städte mit den Schulaufsichtsbehörden sowie allen Schulträgern ein Netz aller Bildungseinrichtungen geflochten werden, welches den folgenden Bedingungen genügt:

- es ist regional ausgeglichen und flächendeckend,
- es gewährleistet eine breitmöglichste Vielfalt an Schularten, Schulformen und Bildungsgängen,
- es sichert vertretbare Bedingungen für die Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen durch die Schüler.

Kernproblem war von Anfang an die demografische Entwicklung. Die Geburtenrate im Osten Deutschlands brach mit der politischen Wende regelrecht ein. Das dadurch hervorgerufene „**demografische Tal**“ zieht sich seither durch unsere Gesellschaft.

Es erreichte zunächst die Grundschulen, später die Mittelschulen und ist jetzt mit der vollen Breitseite bei den Beruflichen Schulzentren angekommen. Die Jahrgänge haben sich seither fast gedrittelt. Das musste gravierende Auswirkungen auf das Schulnetz haben und in entsprechende Verordnungen gegossen werden. Das Ergebnis war die „**Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Schulnetzplanung im Freistaat Sachsen**“ vom 2. Oktober 2001.

Der Schulnetzplanungsträger (d.h. der Landkreis) soll sich dabei - so der Gesetzgeber - „des örtlichen Sachverständes“ bedienen und deshalb seine Planungen dem Kreiselternrat und den Gemeinden zur Diskussion stellen. Die Gültigkeit erstreckte sich vom 31. Oktober 2001 bis zum 31. Juli 2007. Die aktuelle Fassung trat am 1. August in Kraft. Sie fordert, die Schulstandorte in der mittelfristigen Bedarfsprognose über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren, in der langfristigen Bedarfsprognose von mindestens zehn Jahren auszuweisen.

Die Schulnetzplanung im Landkreis Mittelsachsen

Zunächst das Eigenlob des Landratsamtes: „Der Landkreis Mittelsachsen verfügt über eine ausgewogene und differenzierte Struktur an Schulen und Bildungseinrichtungen. Dieses Netz von Schulen ist Garant, für eine zukunftsorientierte allgemeine und berufliche Erziehung und Bildung der heranwachsenden Generation“.

Gegenwärtig führt der Landkreis Mittelsachsen als Schulträger fünf Gymnasien (in Brand-Erbisdorf, Burgstädt, Flöha, Hartha und Rochlitz), das Freiberg-Kolleg, acht Förderschulen und vier Berufliche Schulzentren in Döbeln, Mittweida und zweimal Freiberg. In Regie der Städte und Gemeinden sind weitere Gymnasien sowie alle öffentlichen Grund- und Mittelschulen.

Nach dem großen Sterben von Grund- und Mittelschulen sowie einiger Gymnasien in den vergangenen Jahren hat sich die Lage in Mittelsachsen auf niedrigem Niveau entspannt. Außerdem sind aus Dresden vorsichtige Töne eines gewissen Entgegenkommens zu hören. So könnten die Bedingungen für den „Mitwirkungsentszug“ des Landes - in der Regel gleichbedeutend mit dem Todesurteil für die jeweilige Schule - für Mittelschulen im ländlichen Raum gelockert werden (bisher waren dort zwei Klassen mit je 20 Schülern als Minimum gefordert). Mit der aktuellen Fortschreibung der Schulnetzplanung sind die Grundschulen in Falkenau, Dorfchemnitz, Wechselburg, Lichtenau und Gersdorf sowie Mittelschulen in Freiberg, Burgstädt und Hartha gefährdet. Problematisch ist die Lage an den Beruflichen Schulzentren, vor allem deren Außenstellen.

Schon wieder Schule

Der letzten Oktoberwoche füllte den Städtischen Festsaal zu Freiberg mit Besuchern einer Podiumsdiskussion zum Thema „Freie Schulen“. Unter den Besuchern auch ich nebst Gattin, als Großeltern zweier Schüler der Schule, um die es ging. Anlass – die geplanten Mittelkürzungen im Haushaltplanentwurf für die Jahre 2011/12. Auf dem Podium die Landtagsabgeordneten – nur Herr Krasselt (CDU) aus Oederan glänzte durch unentschuldigter Abwesenheit – und die Vertreter der Stadtverwaltung, des Stadtrates und der Schule. Das Problem war schnell

Mittelsachsen gingen zwei Tage vor der 4. Parteiaktivtagung auf dem Heimweg Gedanken durch den Kopf, dass wir, DIE LINKE in ihrem zukünftigen Aktionsprogramm zum Thema Bildung einen Standpunkt zu beziehen hätten. Die Frage, was wir eigentlich wollen sollten, ist bei DER LINKEN und in Sonderheit in Mittelsachsen noch nicht gestellt. Ohne Ziel keine Aktion. Unterstellt man aus Gründen der Wahrscheinlichkeit, „von oben“, d.h. aus dem Kultusressort kommt kein Veränderungsimpuls für das Bildungssystem und gesetzt den Fall, der Annaberg-Buchholzer Parteifreund Flath macht seinem aus Duisburg stammenden Banker, der in Sachsen den Kultusminister gibt, klar, dass die von Mittelkürzung

der Persönlichkeitsbildung für die Schülerinnen und Schüler, die den staatlichen Schulen nicht erlaubt sind. Die staatlichen Schulen dagegen sind durch Gesetze und Verordnungen gefesselt und haben keine Möglichkeit, zu den Freien Schulen in einen gesunden Wettbewerb zu treten. Und – das ist die Hauptsache – es gibt eine erhebliche Anzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürger, die die Sache in die eigene Hand zu nehmen bereit sind.

Der Weg drängt sich geradezu auf. Es ist der basisdemokratische Weg und dieser braucht eine Bewegung in der Graswurzelebene. Ein Bürgerbündnis für Bildung könnte die Aktivitäten aufnehmen und auf ein gemeinsames Ziel ausrichten. Die Interessenlagen aller Beteiligten differieren nur wenig; sie lassen sich bündeln. DIE LINKE sollte sich dieser Bürgerbewegung an die Seite stellen und sie mit unseren Möglichkeiten in jeder Beziehung fördern. Damit könnte sich das Bildungswesen auf den Weg ins 21. Jahrhundert machen. Aber das ist noch nicht alles: Wenn es DIE LINKE fertig brächte, ihre ideologische Barriere, keine Privatschule zu wollen, zu überwinden und eine FFS – eine „Freie Fortschrittliche Schule“ – ins praktische Leben zu rufen, wäre der Wettbewerb um das beste Bildungskonzept um eine weitere Facette reicher. Dann hätten meine beiden Töchter die Wahl, meine Enkelkinder in eine Schule zu schicken, die



beschrieben: Die Mittelkürzungen destabilisieren die Freien Schulen, da die Schülerzahlen sinken werden, weil das jetzt schon gezahlte Schulgeld von knapp hundertneunzig Euro pro Monat dann erhöht werden müsste, was sich immer weniger Eltern leisten können werden, besonders dann, wenn sie mehrere Kinder an der Schule haben. Die Spirale kennt man. Die fixen Kosten der Schule bleiben. Diese müssen auf weniger Eltern umgelegt werden usw. usw.

Eigentlich ein brisantes Thema. Der kleine Vertreter der Regierungskoalition – wie gesagt, der große Kniff – drückte sein Bedauern aus, innerhalb der Koalition wäre der kleinere Partner nicht für die Kürzungen, aber man werde sich nicht so recht durchsetzen können. Auch die Verlängerung des Zeitraumes, bis Freie Schulen Mittel aus dem Staatshaushalt bekommen, auf wieder vier Jahre werde sich nicht vermeiden lassen. So gab es eigentlich niemanden auf dem Podium, dem man so richtig seine Meinung hätte sagen können. Nach neunzig Minuten verebbten die wenigen Publikumsbeiträge und man ging nach Hause mit dem Gefühl, den Abend hätte man besser verbringen können. Mir als Vorsitzenden des Kreisverbandes

Schüler weg. Die Freien Schulen haben dreimal mehr Einschulungswünsche als sie annehmen können. Und, wenn der Herr Kultusminister in stupidem Vollzug des Schulgesetzes eine Schule schließen will, bildet sich häufig durch Bürgerinitiative ein Freie Schule, die ihm die Schüler für das Auffüllen anderer staatlicher Schulen entzieht.

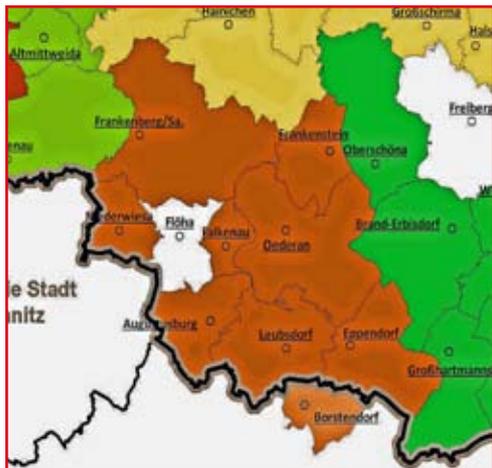


Das Ringen um die Erhöhung der Attraktivität der Schulstandorte am Beispiel des Alt-Alt-Kreises Flöha: Mittelschulkomplex Flöha (oben) und Schulkomplex Oederan (unten). Auch in Eppendorf und Niederwiesa werden große Anstrengungen zum Ausbau unternommen.

Da kommen ein paar Dinge zusammen, die des Nachdenkens in Richtung auf das linke Aktionsprogramm wert sind. Die Freien Schulen bieten offensichtlich ein Bildungsangebot, was bildungsbewussten Bürgern für ihren Nachwuchs besser als das staatliche geeignet erscheint. Da gibt es Formen der Wissensvermittlung und

meinen Enkelkindern das vermittelt, was mit der Weltanschauung ihrer Eltern und Großeltern übereinstimmt. Ich bin mir sicher, die fortschrittlich orientierte Schule hat mehr Anhänger als die christliche. Andere haben das schon erkannt. Die Freie Christliche Schule zu Freiberg hat sich in Freie Gemeinschaftliche Schule umbenannt. (mm)

heute: Teil 2: Das LEADER-Gebiet „Augustusburger Land“



In unserer August-Ausgabe haben wir unseren Lesern das seit 2007 in Sachsen umgesetzte Konzept der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) vorgestellt. Das Territorium des Landkreises Mittelsachsen wird von vier LEADER-Gebieten (höchste Förderkategorie) und zwei ILE-Gebieten (zweite Förderkategorie) erfasst. Nur eines der sechs Fördergebiete (Das „Sachsenkreuz“) ist ein „rein mittelsächsisches“. Das haben wir in unserer August-Ausgabe ausführlich verdeutlicht.

Wir wollen bei unserer Vorstellung der Gebiete nicht auf die Details der so genannten Handlungsstrategien des jeweiligen Regionalmanagements eingehen. Wir weisen darauf hin, dass es vor allem um die Fördermittel-Vergabe für den Straßenbau und im Gebiet übergreifende regionale Projekte der „soziokulturellen Infrastruktur/Kulturerbe“ geht. Ein besonderer Schwerpunkt ist die Förderung der Wieder- und Umnutzung leer stehender ländlicher Bausubstanz durch junge Familien. Selbst in Kleinstädten (wie beispielsweise Oederan und Augustusburg) sind dabei nur die ländlichen Ortsteile förderfähig. Deshalb hat sich die Stadt Flöha (sie hat bisher keine ländlichen Ortsteile) nicht am Programm zur integrierten ländlichen Entwicklung beteiligt.

In unserer kleinen Serie konzentrieren wir uns auf interessante touristische und wirtschaftliche Aspekte des jeweiligen Gebietes der ländlichen Entwicklung. Im Dezember sind wir im „Silbernen Erzgebirge“ zu Gast - pünktlich zur Weihnachtszeit. (hw)

Im Leader-Gebiet „Vorerzgebirgsregion Augustusburger Land“ sind drei Städte (Augustusburg, Frankenberg, Oederan) und sechs Gemeinden (Leubsdorf, Niederwiesa, Eppendorf, Falkenau, Frankenstein, Borstendorf) zusammengefasst, die mit Ausnahme der kleinen Gemeinde Borstendorf alle zum Landkreis Mittelsachsen gehören.

Es gibt 27 Ortsteile. Das vorangestellte Unwort „Vorerzgebirgsregion“ ist vor allem eine Konzession an die Stadt Frankenberg, die allerdings nur mit ihren sieben Ortsteilen in die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) einbezogen ist.

Wir zitieren im folgenden - wie wir es auch beim „Land des Roten Porphyrs“ genüsslich getan haben - die schwülstige Zielstellung des Verbundes: „Wir haben uns rund um die Augustusburg, im Spannungsfeld zwischen den Zentren Chemnitz und Freiberg, zusammengeschlossen und einen Verein gegründet, um durch gemeindeübergreifende Maßnahmen den ländlichen Raum trotz demografischen Wandels und Abwanderung lebenswert zu gestalten und zu erhalten.“ Die Schwulst in den Worten stammt noch aus Zeiten der Formulierung der Konzepte für die ILE-Gebiete vor drei Jahren, als solche „Leitsprüche“ bei der Bewerbung sehr hilfreich waren.

Das „Augustusburger Land“ ist eines der kleinsten der 33 Gebiete der Integrierten Ländlichen Entwicklung in Sachsen, erreichte aber mit dem LEADER-Status die höchste Förderquote. (LEADER ist übrigens eine Abkürzung aus dem Französischen und hat nichts mit dem gleichlautenden englischen Wort zu tun).

Die Vorerzgebirgsregion Augustusburger

Land umfasst eine Fläche von 274 Quadratkilometern, auf der ca. 48.000 Einwohner leben.

Das Regionalmanagement „Augustusburger Land“ befindet sich im Oederaner Ortsteil Gahlenz. Regionalmanager ist Lothar Hofmeister (CDU). Hofmeister war in

zur Wahl als Bürgermeister von Oederan. Das Mandat der Wähler als Bürgermeister vor zwei Jahren erhielt Steffen Schneider von den Freien Wählern.

Ein wichtiges Problem im Augustusburger Land ist die Frage von Gemeindefusionen im Zusammenhang mit der so genannten Hochzeitsprämie der Landesregierung. Relativ sicher dürften die Eingemeindungen von Falkenau (nach Flöha) und Frankenstein (nach Oederan) sein. Dort gibt es auch schon Verwaltungsgemeinschaften. Problematischer ist die Situation für Niederwiesa (im „Verdichtungsraum des Oberzentrums Chemnitz“) und vor allem von Augustusburg, Eppendorf und Leubsdorf - denn sie fallen alle durch das Raster der kritischen Grenze von 5.000 Einwohnern.



Perlen im „Augustusburger Land“: Die Krone des Erzgebirges (oben) und Oederan, die Stadt des Klein-Erzgebirges mit der alles überragenden Stadtkirche (unten)

Gahlenz bis zur Eingemeindung nach Oederan Bürgermeister und bewarb sich erfolglos

touristisch mehr auf das „Städtl“ mit dem angeblich „schiefersten Marktplatz der Welt“

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand traf sich am 8. November in der Gaststätte „Schlossklausur“ in Waldheim zu seiner turnusmäßigen Beratung. Zur Sitzung waren auch die Vorsitzenden der Ortsverbände geladen (allerdings folgten nur einige der Einladung). Zur Sitzung wurden folgende Schwerpunkte behandelt:

- Die Genossen vom neuen - vereinten - Ortsverband Waldheim-Hartha stellten ihren Ortsverband vor.
- Kernpunkt der Sitzung war die angestrebte Bildung von Arbeitsgruppen zum „Aktions - und Wahlprogramm 2011 bis 2013“ des Kreisverbandes der mittelsächsischen LINKEN. Dazu war bereits auf der 4. Parteiaktivtagung am 27. Oktober beraten worden. Soll die Zielstellung erreicht werden, zum Kreisparteitag am 22. Januar 2011 erste Entwürfe zu den beschlossenen fünf Themenkreisen vorzulegen, ist eine kurzfristige Abstimmung des Kreisvorsitzenden und des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag erforderlich.
- Der Kreisvorstand beriet und verabschiedete den Finanzplan für 2011. Dabei wurde hervorgehoben, dass die gesamte Arbeit im Kreisverband weiterhin ehrenamtlich organisiert wird. Die Orientierung wurde darauf gelegt, die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen zu steigern und das Spendenaufkommen - auch für die Kreiszeitung - insgesamt zu erhöhen. In den Jahren 2011 und 2012 sollen Rücklagen für die in den darauffolgenden Jahren anstehenden Wahlen gebildet werden.
- Der Kreisvorstand bestätigte den Antrag des Ortsverbandes Burgstädt bezüglich des besseren Schutzes vor politisch motivierten Angriffen seiner Geschäftsstelle und nahm das Nutzungskonzept der Geschäftsstelle zur Kenntnis.
- Der Kreisvorstand bestätigte einen Antrag des Jugendverbandes „solid“ zur finanziellen Unterstützung einer Bildungsfahrt mit 26 Personen in das Konzentrationslager Auschwitz.
- Der Kreisvorstand nahm eine Information zu Aktionen in Döbeln gegen eine Nazi-Demonstration entgegen.

zum schmünzeln

Entweder man lebt, oder man ist konsequent.
Erich Kästner

Wenn man ein Jahr lang schweigt, so verlernt man das Schwätzen und lernt das Reden.
Friedrich Nietzsche

unsere jubilarer

Unsere Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unsere Hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich!

Im Monat Dezember wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Gerhard Boden	geb. am	02.11.	1920,	in	Mittweida
Ursula Heintze	geb. am	01.12.	1929,	in	Döbeln
Ruth Fritzsche	geb. am	01.12.	1926,	in	Freiberg
Ute Günther	geb. am	02.12.	1940,	in	Lichtenau
Herbert Hänel	geb. am	05.12.	1924,	in	Freiberg
Fritz Kummerlöh	geb. am	05.12.	1940,	in	Wechselburg
Christfried Starke	geb. am	12.12.	1940,	in	Mittweida
Luise Matthes	geb. am	13.12.	1920,	in	Weißborn
Herta Opitz	geb. am	13.12.	1913,	in	Penig
Christa Haubold	geb. am	13.12.	1927,	in	Hainichen
Gerhard Heinrich	geb. am	16.12.	1926,	in	Waldheim
Irmgard Junghannß	geb. am	16.12.	1922,	in	Burgstädt
Anni Drechsel	geb. am	16.12.	1929,	in	Flöha
Margarete Semper	geb. am	16.12.	1924,	in	Penig
Elsbeth Uhlig	geb. am	16.12.	1925,	in	Flöha
Else Fischer	geb. am	17.12.	1909,	in	Freiberg
Ilse Fehlich	geb. am	17.12.	1919,	in	Freiberg
Otto Lorenz	geb. am	22.12.	1919,	in	Lunzenau
Johanna Spieler	geb. am	25.12.	1913,	in	Freiberg
Gottfried Richter	geb. am	26.12.	1929,	in	Erlau
Hildegard Hentze	geb. am	26.12.	1925,	in	Leisnig
Doris Proksch	geb. am	27.12.	1927,	in	Frankenberg
Lothar Vogel	geb. am	27.12.	1950,	in	Waldheim
Elisabeth Steinhoff	geb. am	28.12.	1924,	in	Roßwein
Waltraud Fischer	geb. am	28.12.	1929,	in	Döbeln
Walter Kunze	geb. am	28.12.	1922,	in	Hartha

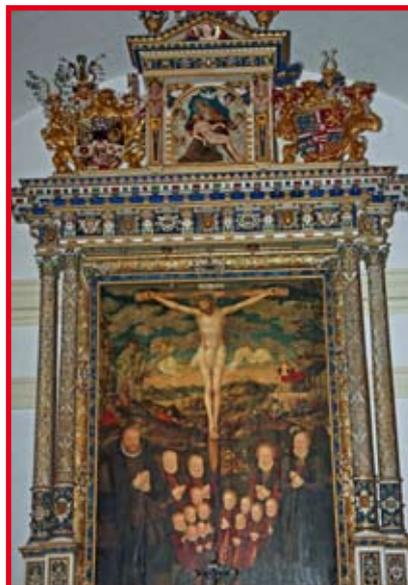
aufmerksam zu machen. Beispielhaft entwickelt sich das Freizeitzentrum Rosts Wiesen in unmittelbarer Nähe der Bergstation der Drahtseilbahn Erdmannsdorf-Augustusburg. Diese feiert übrigens im kommenden Jahr ihr 100jähriges Bestehen.

Eine weitere Perle des Augustusburger Landes ist **Oederan, die Stadt des „Klein-Erzgebirge“**. Glanzpunkt dabei natürlich die älteste Miniaturschau der Welt, eröffnet im Jahr 1933! Aber auch das bestens ausgestattete Web-Museum ist eine Reise wert. Oederan gehört übrigens - fast schon traditionell - zu den Preisträgern des City-Wettbewerbs „Ab in die Mitte!“

Für die Wanderfreunde unter unseren Lesern

abschließend ein Tipp zu vielen Schönheiten des Augustusburger Landes. Start am Bahnhof Erdmannsdorf der Erzgebirgsbahn und mit der Drahtseilbahn nach oben. Dann über Grünberg (ein reizvoller Ortsteil von Augustusburg) und

durch die Földung (ein größeres zusammenhängendes Waldgebiet) zum **Hetzdorfer Viadukt**, eine der schönsten deutschen Eisenbahnbrücken. Wer besonders gut zu Fuß ist, kann von hier aus auch noch einen Abstecher zur alten **Holzbrücke in Hohenfichte** machen. Vom Viadukt aus geht es weiter nach Breitenau (einem Ortsteil von Oederan) und über den so genannten Eselsweg weiter nach Oederan - mit herrlichen Fernblicken zur Augustusburg und auf die Höhen des Erzgebirges. Von Oederan kann man mit der Bahn über Flöha zurück nach Erdmannsdorf fahren.



Das prächtige Altarbild von Lucas Cranach d.J. in der Schlosskirche der Augustusburg

Terminvorschau

November 2010

24. November 17:00 Uhr *Beratung der Kreistagsfraktion mit Nachfolge-Mandatsträgern*
24. November 17:30 Uhr *Zentraler Workshop zur Programmdiskussion „Ansätze gesellschaftlichen Wandels“ Dresden, Haus der Begegnungen, Großenhainer Str.*
25. November 18:00 Uhr *Bürgerforum des Runden Tisches Freiberg zu Hartz IV, Altersarmut und Rente Brauhaus Freiberg, Bergmannszimmer*
26. November 06:30 Uhr *Abfahrt eines Sonderbusses nach Berlin zur Demo aus Anlass der Verabschiedung des Sozialkürzungspaketes im Bundestag Freiberg, Busbahnhof*
27. November 11:00 Uhr *Dritter zentraler Bildungstag der LINKEN Berlin, Haus des ND*

Dezember 2010

09. Dezember *Konferenz des Parteivorstands der LINKE „Gesundheit ist keine Ware“ Ludwigshafen*
13. Dezember 19:00 Uhr *Beratung des Kreisvorstandes Mittelsachsen*
14. Dezember 18:00 Uhr *Besuch des Landtages (Einladung durch MdL Jana Pinka und Falk Neubert)*

Januar 2011

09. Januar 09:00 Uhr *Ehrung der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde*
10. Januar 19:00 Uhr *Beratung des Kreisvorstandes Mittelsachsen*
22. Januar 09:00 Uhr *Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN Frankenberg, Gaststätte „Wiesengrund“*

Infostand an der Hochschule Mittweida

Die Hochschule ist ein wichtiger Bestandteil der Stadt Mittweida und daher hielt das eher schlechte Wetter am 19. Oktober **Falk Neubert** und **Kristin Hofmann** nicht davon ab vor der Mensa am Infostand zu stehen und mit Studierenden und MitarbeiterInnen der Hochschule ins Gespräch zu kommen. Ziel war es, auf die derzeitige Situation der Hochschulen aufmerksam zu machen, vor allem in Hinblick auf den Landeshaushalt 2011/2012, und nachzuhaken, wo die Probleme vor Ort sind. Um den Kontakt mit den Mittweidaer StudentInnen weiterhin zu halten, hatten beide eine Woche später zu einer Gesprächsrunde eingeladen., zu der auch vier interessierte Studenten gekommen sind. Ob sich daraus auch eine Hochschulgruppe entwickeln wird, wird sich zeigen. (sp)



Falk Neubert ist auch Mitglied im Präsidium des Bundesausschusses der LINKEN. Er hat uns ausführlich über die vergangene Beratung des Gremiums informiert, auf welcher u.a. die Wahl der Delegierten für die Europäische LINKE (EL) und ein Konzept zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit bei der LINKEN zur Diskussion standen. Seitens des Bundesvorstandes beteiligte sich Caren Lay aktiv an dieser Beratung.

Erneuter Protest in Dresden

Nachdem die Gewerkschaften am 29. September vor dem Landtag in Dresden den heißen Herbst eingeleitet hatten, gab es am 3. November einen weiteren Protesttag. Wir dokumentieren einige Auszüge aus einem Beitrag von **Andreas Herrmann** von der Dresdner Studentenzeitung „ad-rem“.

Als Demonstration der großen Symbolik und einer beeindruckenden Stimmung wird er in Erinnerung bleiben – der Protestzug von zwölftausend Menschen zum Dresdner Landtag am 3. November anno 2010. Denn es war der kreative Kitt der Gesellschaft, der dort zusammen fand, um die Sparpläne der sächsischen Landesregierung als Versuch zu geißeln, genau diese Gruppen dank Neid auseinander zu bringen. Das beste Symbol war eine schlichte, stumme Lichtbotschaft: Auf die große Holzatrappe zwi-



schen Landtag und Elbe – eine pure Populismus-pappe mit dem Spruch „Hier bestimmen Sie!“, Kosten angeblich nur schlappe zwölf Riesen – wurde einfach „Lüge!“ gebeamt.

Interessant auch die Separierung zwischen Landtag und Protestanten: Rund zwanzig Meter hatte die Bereitschaftspolizei abgesperrt, um als Bannmeilchen Abstand zum Hohen Hause zu halten. Davor standen die Massen, eng gequetscht und bunt gemischt: Uni Leipzig, Polizeigewerkschaft, Theater Chemnitz, Philharmonie Aue, dazwischen noch Mediziner und die vielen Schüler der Freien Schulen. Dahinter, in der großen Lücke: Polizei, Presse und andere Beobachter. Nur selten kamen Abgeordnete heraus und hörten sich die wütenden Reden an, die vor allem zwei Dinge symbolisierten: Der Zorn des Volkes wächst und es lässt sich nicht mehr für dumm verkaufen.

Fast alle skandierten „Neuwahlen!“, viele unterstützten auch die Forderungen der anderen mit lautstarken Beifall, obwohl sie eigentlich um das selbe, angeblich fehlende Geld buhlen. Sie sollten gewiss sein, dass die Versuche, der Gruppen mit Häppchen zu befrieden, nicht nachlassen werden. Erst dann wird sich zeigen, ob die demonstrierte Solidarität ehrlichen Kopfes war. Denn ohne Zweifel sind die jetzigen Proteste gegen den freistaatlichen Sparaffront berechtigt – man hätte dem Demonstrationszug, einer der größten in Sachsen seit der Wende, das Vierfache an Masse gegönnt. Aber das kommt ja vielleicht noch, bis der Landtag den Doppelhaushalt 2011/2012 Mitte Dezember endgültig beschließt.